

Knaus, Gerald: Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl.
München: Piper-Verlag 2020,
336 Seiten, € 18,00.



Der Autor Gerald Knaus ist Gründungsdirektor der Europäischen Stabilitätsinitiative, einer „Denkfabrik“, die sowohl von internationalen staatlichen Stellen als auch von konzernnahen Stiftungen finanziert wird und zu deren Zielen die Förderung von Migration gehört. Knaus ist ein humanitär gesinnter Pragmatiker. Die Vorstellung einer grenzenlosen Welt ist ihm ebenso eine Dystopie wie eine Welt voll inhumaner Grenzen, die Schutzsuchenden den Zugang verwehren. Knaus will den Europäern vermitteln, dass auch an den Außengrenzen der Europäischen Union „mehr Sicherheit und mehr Freiheit“ gleichermaßen möglich sind, „dass Menschlichkeit nicht Kontrollverlust bedeutet“. Humane Grenzpolitik verzichtet auf Minen und Schießbefehl und auf die Zurückschiebung von Flüchtlingen, ohne ihnen die Chance eines fairen Asylverfahrens zu geben („push backs“). Sowohl die USA als auch Australien sowie mehrere europäische Mitgliedsstaaten (Italien und Spanien) verstoßen gegen dieses Non-Refoulement-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention.

Der Autor belässt es nicht bei Kritik an verfehlter Politik. Er analysiert die Bedingungen wirkungsvoller Flüchtlingspolitik wie in den 1970er-Jahren

den Umgang mit der Flüchtlingskrise in Südostasien („boat people“) oder die Zusammenarbeit Australiens mit Nachbarstaaten in den 1980ern. Das ist eine der Stärken des Buches.

Welche Politik ist die erfolgreichere? Das Ziel – weniger illegale Migration und wenige Tote auf den Fluchtrouten – wird unterschiedlich erreicht: Australien als eines der klassischen Einwanderungsländer nimmt Fluchtmigranten in größerer Zahl über Ansiedlungsprogramme der Vereinten Nationen auf, lässt aber Fluchtmigranten, die auf eigene Faust versuchen, dorthin zu gelangen, nicht in das Land. Sie werden auf die mehrere 1.000 Kilometer entfernten Pazifikinseln Nauru und Manus verbracht, wo sie unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben müssen.

Die Bilanzen der europäischen und der australischen Politik nehmen sich sehr unterschiedlich aus: In den Jahren 2014 bis 2018 gelangten 648.000 Menschen aus Nordafrika nach Italien, im zentralen Mittelmeer registrierte man 15.062 Ertrunkene. Auf dem Meer zwischen Indonesien und Australien wurde hingegen in diesem Zeitraum kein ertrunkener Flüchtling registriert, 163 Menschen erreichten Australien mit dem Boot und wurden unmittelbar auf die Inseln verbracht. Die parteiübergreifend getragene Politik besteht darauf, die Kontrolle darüber auszuüben, wer sich dauerhaft im Land niederlässt und wer nicht. Die EU wartet hingegen weitgehend ab, wie viele Fluchtmigranten sich bis an die Außengrenzen durchschlagen. Dabei nimmt sie u. a. in Kauf, dass die besonders verletzlischen und schwachen Gruppen (Alte, Versehrte, häufig Frauen etc.) zurückbleiben, weil sie nicht die Ressourcen für eine Wanderung über tausende von Kilometern aufbringen können.

Knaus sieht, wie zentral es für die Legitimation der Politik ist, dass die Regierungen die Kontrolle über die Zuwanderung ausüben und dies dann auch den Bürgern vermitteln. Dabei sei der Preis inhumaner Abschreckungsmaßnahmen nicht zwingend in Kauf zu nehmen. In den 1980er-Jahren etwa verabredete die australische Regierung mit Nachbar- und Transitländern wie Malaysia, Flüchtlingskontingente aufzunehmen und anzusiedeln, wenn im Gegenzug das Ablegen von Booten in Richtung Australien verhindert werde. Die Zahl der illegalen Bootsankünfte lag über Jahre bei Null. Partnerschaften zwischen Herkunfts- und Transitländern und den Zielstaaten hält er für ein geeignetes Mittel, Migration in gegenseitigem Interesse zu steuern.

Praktisch sei dies bei der Verabredung mit der Türkei Anfang des Jahres 2016 geschehen. Das Konzept war von Knaus und seinem Team entwickelt und propagiert worden. Obwohl die Zahl der Fluchtmigranten in Folge der Vereinbarung drastisch sank, zeigten sich von Beginn an erhebliche Schwächen. Knaus benennt die politisch gewollte Ineffizienz der griechischen Asylverfahren und die organisierte Verantwortunglosigkeit in der EU rund um die Umsetzung. Schnelle Verfahren an den Außengrenzen und eine Rückführung der Abgelehnten innerhalb von zwölf Wochen in sichere Drittstaaten, wie sie Knaus zurecht als wichtige Lösungsbestandteile propagiert, sind von ihrer Verwirklichung meilenweit entfernt. Es fehlt der politische Wille.

Knaus lässt sich nicht vereinnahmen für die eine oder andere Politik in diesem stark polarisierten Feld. Seine Analyse ist in weiten Teilen nachvollziehbar und überzeugend. Sie greift aber vor al-

lem dort zu kurz, wo die Politik klassischer Einwanderungsländer zum Vorbild erklärt wird. Länder mit einer anderen Geschichte (wie die mittel- und südosteuropäischen Staaten) können und wollen eine Politik auch der geregelten Aufnahme aus entfernten Weltregionen nicht mittragen. Für den unauflösbaren Widerspruch zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus, der hier zum Ausdruck kommt, zeigt Knaus nur Unverständnis. Der Konflikt zwischen den Vertretern beider Richtungen hat die EU in eine ihrer schwersten Krisen geführt. Eine Lösung hierfür ist nicht in Sicht.

**PD DR. STEFAN LUFT,
BREMEN**